

Ercheint täglich
mit Ausnahme der
Sonntage und Festtage.
Preis vierteljährlich
hier mit Fracht 1.20 M., im Bezirks-
und 10 Km.-Verkehr
1.25 M., im übrigen
Württemberg 1.35 M.,
Monatsabonnements
nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

85. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr
für die einspalt. Zeile aus
gewöhnlicher Schrift oder
deren Raum bei einmal.
Einrückung 10 g.,
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.

Belegten:
Staatsblätter,
Illustr. Sonntagblatt
und
Schwab. Landwirt.

Nr. 275

Donnerstag, den 23. November

1911

Rgl. Oberamt Nagold.

An die Herren Ortsvorsteher.

Nach Erlass des R. Ministeriums des Innern vom 14. d. M. Nr. 16 655 sind vorbehaltlich endgültiger Festsetzung des Tages der Neuwahlen die Vorbereitungen für die bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen so zu treffen, daß die Neuwahlen am 12. Januar 1912 stattfinden und demgemäß die Wählerlisten spätestens vier Wochen vor diesem Termin, also spätestens am 15. Dezbr. 1911, ausgelegt werden können.

Die Herren Ortsvorsteher erhalten den Auftrag, die Aufstellung der Wählerlisten nach Vorschrift des § 1 des Wahlreglements geordnetfalls unter Zugleichung des Gemeindeflegers — wo der Ortsvorsteher zugleich Ratsschreiber ist — vorzubereiten. Für die Feststellung der Wahlberechtigung der Einzelnen ist jetzt besonders das Reichsgesetz vom 15. März 1909, betr. die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte (R. Ges. Bl. S. 319) zu beachten. Bei zusammengefügten Gemeinden ist, sofern nicht eine Teilung in mehrere Abstimmungsbezirke (Wahlreglement § 1 Abs. 2 und § 7 Abs. 3) stattfindet, eine Wählerliste für die Gesamtgemeinde aufzustellen. Dabei wird bemerkt:

1. In die Wählerliste sind alle Angehörigen des Deutschen Reiches aufzunehmen, welche im Wahlbezirk ihren Wohnsitz haben, am Wahltag das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und nicht nach § 3 des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (Reg. Bl. von 1871 Nr. 1) von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sind.

Hienach sind von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen:

- Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen,
- Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens,
- Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben, soweit nicht die im obigen Reichsgesetz vom 15. März 1909 vorgesehenen Ausnahmen Platz greifen,
- Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind. Ist der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

2. Für die zum aktiven Heer gehörigen Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht das Wahlrecht (§ 49 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874). Offiziere zur Disposition, welche in einem aktiven Kommandoverhältnis stehen, sind wahlberechtigt.

3. Die Ausgabe der zur Wählerliste nötigen Formulare und weitere Anweisung wird später erfolgen.

Den 21. Nov. 1911.

Kommerell.

Betreffend Reichstagswahl.

Die Herren Ortsvorsteher werden beauftragt, unverzüglich als portopflichtige Dienstfache hierher zu berichten, ob und welche Änderungen bezüglich der im Gesellschafter Nr. 5 von 1907 bekannt gegebenen Wahlbezirke, Wahlvorsteher, Stellvertreter und Wahllokale für die bevorstehende Reichstagswahl beantragt werden. Die vorgeschlagenen Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sind über die Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Funktion zu hören.

Ortssteuerbeamte, Grundbuchbeamte und Ortsvorsteher, welche das Grundbuchamt im Nebenamt versehen, Postexpeditoren und Bezirksnotare sowie Gerichtsvollzieher sind von den in § 9 des Wahlgesetzes bezeichneten Funktionen ausgeschlossen.

Sofort der fr. H. den Schultheißenämtern für jeden Wahlbezirk zugestellte Abdruck des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 nebst Wahlreglement vom 28. April 1908 sich nicht mehr in der Ortsregistratur event. bei den Reichstagswahllokalen vorfinden sollte, ist ein neuer Abdruck beim Oberamt zu bestellen.

Den 22. November 1911.

Kommerell.

Bekanntmachung betreffend Wanderarbeitsstätten.

Es besteht Veranlassung, wiederholt auf die Einrichtung und den Zweck der Wanderarbeitsstätten hinzuweisen.

Die Wanderarbeitsstätten gewähren den arbeitsuchenden mittellosen Wanderern, welche die vorgeschriebene Wanderordnung einhalten, gegen eine vierstündige Arbeitsleistung Beherbergung und vollständige Verpflegung.

Es sind nunmehr die Wanderarbeitsstätten in angemessenen Abständen fast über ganz Württemberg verbreitet.

Es kann somit kein Bettler mehr sich entschuldigen, daß Not und Hunger ihn zum Betteln gezwungen haben, da es jetzt in dem größten Teil von Württemberg jedem Wande er möglich ist, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwerben.

An die Bezirksangehörigen richte ich darum die dringende Bitte, zum Gelingen dieser Wohlfahrtseinrichtung dadurch beizutragen, daß sie jeden Bettler unter Hinweis auf die Wanderarbeitsstätte abweisen, sowie, daß sie die den mittellosen Wanderern zugeordneten Gaben anlässlich der regelmäßigen Jahreskollektion der Wanderarbeitsstätte zuwenden.

Die Ortspolizeibehörden dagegen werden angewiesen, dem Bettel von durchziehenden Wanderern mit aller Schärfe entgegen zu treten, insbesondere bei arbeits- und mittellosen Wanderern abseits der Wanderstraßen zu prüfen, ob nicht Landstreicherei in Frage kommt, eintretendenfalls richtungslos Festnahme und Vorführung vor das Oberamt zu veranlassen.

Den 22. Nov. 1911.

Kommerell.

Landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung.

Obwohl die städtischen Arbeitsnachweise schon bisher die Vermittlung landwirtschaftlicher Stellen und Arbeitskräfte in den Kreis ihrer Aufgaben einbezogen haben, war die diesbezügliche Inanspruchnahme der Arbeitsämter eine verhältnismäßig geringe. Um den Klagen der Landwirte über Mangel an Arbeitskräften abzuwehren und die in steigendem Maß erfolgende Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte so entbehrlich als möglich zu machen, wurde beim städtischen Arbeitsamt in Stuttgart eine besondere Abteilung für die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte eingerichtet. Diese Abteilung wird ihre Tätigkeit im Zusammenwirken mit den übrigen Arbeitsämtern des Landes entfalten.

Anmeldungen können entweder direkt bei diesem Amt oder beim Arbeitsnachweis der Wanderarbeitsstätte Nagold (Rathaus) angebracht werden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeitgeber und Stellsuchende kostenfrei. Gesuche um Vermittlung von Personal oder Arbeit können auch durch Vermittlung der Schultheißenämter an jede der vorgenannten Stellen kostenfrei als portopflichtige Dienstfache eingesandt werden. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß der Arbeitsnachweis der Wanderarbeitsstätte in ständiger Verbindung mit der beim Stuttgarter Arbeitsamt errichteten besonderen Abteilung für die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte steht und jederzeit auch über die dort angemeldeten Vakanzan Ausschluß gibt.

Die landwirtschaftlichen Krisen des Bezirks werden angefordert, von der für die Landwirtschaft so nützlichen Einrichtung Gebrauch zu machen, es wäre erwünscht, daß sowohl Landwirte, die Arbeitskräfte benötigen, als landwirtschaftliche Arbeiter, die Arbeit suchen, sich im Bedarfsfall an den Arbeitsnachweis der Wanderarbeitsstätte wenden.

Den 22. Nov. 1911.

Kommerell.

Die spanisch-französische Marokkopolitik.

Hierzu schreibt Julius Sachs in der Münchener Wochenschrift „März“:

Die Befehung von Larache und El Ksar wäre für Spanien ein wertvolles Atout gewesen, wenn der deutsch-französische Konflikt zu einer neuerlichen Marokkoonferenz geführt hätte. In einem solchen Falle wären diese Positionen ein Pfand in der Hand Spaniens gewesen.

Diese einen Moment erwogene Lösung ist nun gescheitert, und Deutschland hat das Scherifenreich ganz Frankreich überlassen. In diesem Falle muß jenes Vorgehen der Spanier auf der einen Seite und die Lösung durch Kompensationen, die Frankreich der deutschen Regierung zugeht, auf der anderen Seite, einen scharfen Konflikt hervorrufen. Die Spanier meinen: mit dem Marsch auf Fez hätte die Souveränität des Sultans — die die Voraussetzung des ersten Teiles des 1904er Abkommens bildete — zu bestehen aufgehört. Der Geheimvertrag hätte uns allerdings soweit gebunden, daß wir bis zu dem in Artikel II

vereinbarten Zeitpunkt ohne die Genehmigung Frankreichs nichts hätten in Marokko unternehmen dürfen. Allein Voraussetzung zu dieser Verpflichtung war die Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans. Diese ist von Frankreich umgestoßen worden. Wir dürfen uns also jener Interessensphäre bemächtigen, die uns von den Franzosen zugestanden ist. Diese wieder erklären, der Marsch auf Fez sei über Verlangen des Sultans erfolgt und die Spanier selbst haben den Vertrag gebrochen, indem sie Larache und El Ksar besetzten.

Die Spanier befinden sich insofern in einer ungünstigen Situation, als in einem der Briefe, die dem eben abgeschlossenen deutsch-französischen Marokkoabkommen beigelegt sind und die die Unterschrift Cambons und Riberten-Wächters tragen, Deutschland ausdrücklich erklärt, daß es die Ansprüche Spaniens nicht unterstützen wird. Daß Frankreich einen Krieg mit Spanien führen sollte, etwa in der Form, daß scherifische Mahallen unter der Führung französischer Offiziere gegen die spanischen Truppen auf marokkanischem Gebiet rücken, ist heute ausgeschlossen. Die Lösung wird eine friedliche sein: Dieselbe hätte vielleicht in einem gewissen Augenblicke durch eine gemeinsame Zwiesprache Spaniens und Frankreichs mit Deutschland zustande gebracht werden können. Aber es kam nicht dazu und anfangs September wurden neuerliche Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen eingeleitet. Es dürfte daher eine Lösung durch Vermittlung Englands zustande kommen, das auch den oben skizzierten Vorschlag vermittelt hatte. Eine Welle schien London die Spanier begünstigen zu wollen. Es hieß auch, England wolle Tanger den Spaniern überlassen und die geplante Internationalisierung des Hafens mit Uebertragung der Polizei an Frankreich sei unerwünscht. Nun hat dieses sich an der Polizeilübernahme für uninteressiert erklärt und es wird zur Internationalisierung kommen. Spanien dürfte sich mit dem nördlichen Teil Marokkos begnügen.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Nagold, 23. November 1911.

* Vom Rathaus. Mitgeteilt wird, daß die Maul- und Klauenseuche im Bezirk erloschen ist; der Vorstehende regt die Frage an, ob es einem Bedürfnis entspreche, einen außerordentlichen Markt abzuhalten, da der Weihnachtsmarkt am 14. Dezember ds. Js. fällt; die Bedürfnisfrage wird verneint. — Es war in Erwägung genommen worden, die Verwaltung der Schranne wegen der schwachen Benützung derselben zu vereinfachen und nur einen Beamten zu belassen; der Vorstand und der Wagmeister haben hierzu Äußerungen eingegeben, welche verlesen werden. In der Diskussion kommt zum Ausdruck, daß der gegenwärtige Zustand jedenfalls noch bis 1. April 1912 beizubehalten sei, was beschlossen wird. — Die Stadtverwaltung Schramberg wendet sich in einem Schreiben an die Stadtverwaltung Nagold mit der Einladung, letztere möge sich einer Eingabe an die K. Generaldirektion der Staatseisenbahnen anschließen. In der Eingabe wird petitioniert um bessere Zugverbindung des Ringtals mit dem Nagoldtal für den Sommerfahrplan 1912. Bisher ist die Verbindung insofern eine schlechte, als der Zug 6.10 Uhr früh in Schramberg abgeht, 8.22 in Hochdorf ankommt; Hochdorf ab 10.20, also Aufenthalt zwei Stunden und somit erst 10.37 in Nagold und 5 Uhr nachm. in Pforzheim ankommt. Die Eingabe schlägt die Einstellung einer Triebwagenverbindung vor: Eutingen ab 8.25, Hochdorf ab 8.35, Calw an 9.25 um., so daß eine gute Verbindung mit dem Nagoldtal und weiterhin mit dem Neckartal z. geschaffen würde, was auch im Interesse der Stadt Nagold gelegen wäre. Beschluß: Der Eingabe sich anzuschließen mit dem Bemerkten, daß die Stadtgemeinde eine solche Verbesserung der Zugverbindungen mit Freuden begrüßen würde, weil sie dem Nah- und Fernverkehr sehr zu statten käme. — Mitgeteilt wird, daß für Pferdeverkäufe Bergherde 40 M., Talsherde 37 M. erlöst wurden. — Zur Verhandlung kommen drei Prozeßsachen: Lammwirt Kesslen gegen Chr. Hörmann, Forderung von 1.62 M. betr. Der Prozeß wird vertagt. — Säger Besch gegen Maurer Röhle, Forderung von 5.30 M. betr. Der Beklagte anerkennt die Forderung. — Engelwirt Groll gegen Gärtner Källinger, Restforderung von 6.80 M. betr. Verurteilung zur Zahlung der Forderung samt Kosten des Verfahrens.

r Wie verpackt man Drucksachen? Das Verschieben von Briefen und Postkarten in Drucksachsendungen bildet fortgesetzt die Ursache unliebsamer Briefverschleppungen und Briefverluste. Ungeachtet wiederholter Annahmen durch die Presse und trotz unmittelbarer Einwirkung der



Postanstalten auf die Absender werden viele Drucksachen-
sendungen leider immer noch in so mangelhafter Verpackung
zur Post eingeliefert, daß sie leicht zu Fäulen für kleine
Sendungen werden. Als besonders gefährlich in dieser Be-
ziehung erweisen sich, wie neue Feststellungen bestätigen, die
häufig zur Verwendung von Drucksachen benutzten offenen
Briefumschläge, bei denen die Absender die am oberen Rand
oder an der Seite vorhandene Klappe nach innen einge-
schlagen. In den dadurch entstehenden Spalt verschieben
sich unbenutzt Briefe, Postkarten usw., die dann in der
Drucksache oft weite Irrfahrten machen. Im eigensten Inter-
esse des Publikums muß eindringlich davor gewarnt wer-
den, die Klappe solcher Umschläge nach innen einzuschlagen,
viel besser ist es, die Klappe über die Rückseite des Um-
schlags lose überhängen zu lassen. Als recht zweckmäßig
haben sich Umschläge bewährt, die an der Verschlussklappe
einen zungenartigen Anschlag haben, der in einen äußeren
Schlitz des Umschlages gesteckt wird. Sie sichern den Inhalt
vor dem Herausfallen und verhindern das Einschleichen anderer
Sendungen, ihre möglichst ausgedehnte Verwendung ist im
allgemeinen Interesse zu wünschen. — Verhältnismäßig häufig
verschieben sich auch Briefe usw. in Zeitungen, die unter
Streifbänder verschickt werden. Es ist dringend zu raten, die
Streifbänder so fest wie möglich um die Zeitungen zu legen,
nachdem diese umschürt worden sind.

Walldorf, 22. Nov. (Unglücksfall.) Heute
abend kam das etwa 3jährige Bubenkind des Küfers Jakob
Bolz von hier während des Fütterschneidens der Maschine
zu nahe, wurde von derselben erfasst und war nach wenigen
Minuten tot. Den in große Trauer versetzten Eltern
wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Obertalheim, 21. Nov. Die schon so lange geplante
Elektrische Zentrale Untertalheim ist, nachdem die-
selbe im Laufe dieses Jahres verschiedene Wandlungen durch-
gemacht hat, endlich in feste, solide Hände übergegangen.
Durch Köttings Elektrizitätswerke, Berlin, Filiale Glaten,
wird nunmehr das ganze Steinachial mit elektrischer Energie
versorgt werden. Hier erstehen schon die Transformatoren-
häuser und überall wird es begrüßt, wenn wir uns recht
bald unter der bekannten tüchtigen Betriebsleitung dieser
Einrichtung zum Nutzen aller erfreuen dürfen.

Serrenberg, 22. Nov. (Sturmschaden.) In der
Nacht vom Sonntag auf Montag herrschte ein gewaltiger
Sturm, sodaß ein erst diesen Sommer gebauter 55 Meter
langer Schuppen der Rüstinger Dampfziesel von S. Gauß
einstürzte. Der Schaden dürfte 5—6000 A betragen.

**Stuttgart, 22. Nov. (Die Israeliten in Würt-
temberg.)** In der gestrigen Sitzung des Staatsrechtlichen
Ausschusses gab Kultusminister v. Fleischhauer einen Ueber-
blick über die Verteilung der israelitischen Gemeindegel-
den über im Lande und über ihre steuerlichen Verhältnisse.
Darnach sind in Württemberg 11925 Israeliten vorhanden,
die im wesentlichen, von Einzelpersonen abgesehen, in 49
Gemeinden wohnen. Davon entfallen auf Stuttgart 4262,
Heilbronn 855, Ulm 607, Reisingen 364, (Balsingen? Red.)
Göppingen und Laupheim je 348, Crailsheim 336, Buchau
309, Mergentheim 282, Lüdingen 211. Die Gesamtein-
nahme der Zentralkirchenkasse betrug 108405 A im Jahr,
wovon 28810 A durch die Landesumlage, 14616 A durch
Beiträge zu den Rabbinatsgehalten, 7009 A durch Ein-
nahmen aus Zinsen, 58060 A durch staatliche Zuschüsse
aufgebracht werden. Daneben laufen die Umlagen der ein-
zelnen Gemeinden, die z. B. in Stuttgart 57000 A betragen.

Stuttgart, 21. Nov. Das Erdbeben hat zur Folge,
daß verschiedene Mineralquellen stärker als früher fließen;
so wird bekannt, daß die Mineralquelle im Cannstatter
Kurpark, sowohl wie der Berger Urquell im Neuenharter
Bad stärker als früher fließen. Der Berger Sprudel weist
anscheinend einen höheren Gehalt an Kohlensäure auf, als
es bisher der Fall war. Auch in der Gegend von Ebingen
fließen verschiedene Quellen erheblich mehr Wasser als früher.

**Degerloch, 22. Nov. (Wieder die Silber-
bahn.)** Gestern abend konnte der Abendzug Degerloch-
Möhringen von hier statt 6.28 Uhr erst 7.19 Uhr abgehen,
weil der Strom versagte. Die Arbeiterschaft kam gerade
aus den Fabriken und belegte die Silberbahn mit nicht
gerade schmeichelhaften Ausdrücken. Hin und wieder setzte
der Strom ein, jedoch gleich auch wieder aus, was jedes-
mal mit einem recht lebhaften Beifall der verzögerten Ar-
beiter begrüßt wurde.

**Einseubhofen u. Nürtingen, 22. Novbr. (Das
Großfeuer.)** Bei dem gewaltigen Schadenfeuer sind drei
größere Wohnhäuser, die von neun Familien bewohnt
waren, abgebrannt. Der Gebäudeschaden allein beträgt
etwa 15000 A. Außerdem haben die Abgebrannten fast
nichts gerettet und sind zum Teil gar nicht versichert.

Urach, 22. Nov. Bei der heutigen Landtags-
erziehung im Bezirk Urach stießen auf den Kandidaten
der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen
Partei, Fabrikant Henning-Mehingen, 2250 Stimmen,
auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, Arbeitersekretär
Fette-Stuttgart, 2207 Stimmen, auf den Kandidaten des
Bundes der Landwirte und der Konfessionslosen, Redakteur
Kasch-Hedelstingen, 1145 Stimmen. Ein zweiter
Wahlgang ist somit erforderlich. Bei der letzten Wahl
erhielt Dr. Bauer (Sp.) im 1. Wahlgang 1930, gegen
2191 bauernblinderischen und 1536 sozialdemokratischen
Stimmen. Im 2. Wahlgang wurde Dr. Bauer mit 3386
gegen 2308 Stimmen des Bauernbundes gewählt.

Mim a. D., 21. Nov. Eine aus allen Landbestellen
zahlreich besuchte Versammlung der Eisenbahnarbeiter
samt Sonntag hier statt. Das Ergebnis der Versamm-
lung in der die Lage dieser Beamtenskatégorie eingehend

erörtert wurde, war die einstimmige Annahme folgender
Resolution: Die im Gasthaus zum Lichtenstein in Ulm
zahlreich versammelten Eisenbahnarbeiter des Landes
beauftragten den Landesvertreter und die Verbandsleitung
mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Vorarbeiter
in ein etatsmäßiges Anstellungsverhältnis übernommen
werden. Sie richteten an Regierung und Landstände die
Bitte, diesem berechtigten Wunsch entgegenzukommen. Zum
Landesvertreter wurde sodann Gepäckarbeiter Bührer in
Ehrlgen zu seinem Stellvertreter Vorarbeiter Heck in
Untertürkheim gewählt.

Weingarten, 21. Nov. (Betrug.) Aufsehen
erregte hier die Verhaftung des ledigen Kaufmanns Oskar B.
Er soll beim Güterhandel einen Bauern um 8000 Mark
dadurch betrogen haben, daß er ihm bei Zahlung des Kauf-
schillings völlig wertlose Obligationen der im Konkurs be-
findlichen Züricher Darlehensgesellschaft an Zahlungsstatt
gegeben habe, mit der Versicherung, diese Obligationen seien
so gut wie bares Geld. Auf den Ausgang des Strafver-
fahrens, in dem auch ein sog. Unterhändler verwickelt sein
soll, ist man allgemein gespannt.

Vom Allgäu, 20. Nov. Im Weller Ampelwang
tötete der von der Wanderschaft zurückgekommene Josef
Meister seine Mutter durch sechs Messerstiche. Der
Täter ist entflohen.

Reichstagskandidaturen.

Nalen, 22. Nov. Der gemeinsame Kandidat der
liberalen Parteien für den 13. Reichstagswahlkreis, Sqnidius
Dr. Mayer-Stuttgart, hat bereits mit der Wahlagitiation
begonnen; im Lauf der nächsten Woche wird er 12 Ver-
sammlungen abhalten. In liberalen Kreisen tritt man mit
Zuversicht in den Wahlkampf ein.

Oberndorf a. N., 22. Nov. Das Zentrum hat
als Kandidaten für den 8. Reichstagswahlkreis den Land-
tagsabg. Arbeitersekretär Andre aufgestellt. Das Zentrum
wird voraussichtlich schon im ersten Wahlgang von den
Konfessionslosen und dem Bauernbund unterstützt werden.

Parteiübergabungen zu den Reichstagswahlen.

Nationalliberale Partei.

Der geschäftsführende Ausschuss der Nationallibe-
ralen Partei richtet folgenden Aufruf an die Freunde im
Reich:

Am 12. Januar 1912 soll das deutsche Volk über die
künftige Zusammenfassung des deutschen Reichstags die Ent-
scheidung fällen. Ernst und entscheidend wie kaum zuvor
wird dieser Wahlkampf werden. Begeisterungsvoll sind
wir vor fünf Jahren in den Wahlkampf eingetreten, um
den nationalen Block zu errichten und mit ihm gute, volks-
freundliche Politik zu treiben im Kampfe gegen Zentrum
und Sozialdemokratie. Heute ist der Block zerstört,
die weltanschaulichen Leiter der Blockpolitik zum Rücktritt
gezwungen. Uebermühtig denn je erhebt der Ultramontanis-
mus sein Haupt, die Unzufriedenheit im Lande führt der
Sozialdemokratie neue Anhänger zu, die auswärtige Politik
genügt nicht dem nationalen Empfinden weiler Kreise im
deutschen Volke. In solchen politisch hoch erregten Zeiten
ist die Stärkung und Kräftigung der Nationalliberalen
Partei eine Notwendigkeit. Sie wird ihrer alten nationalen
Tradition getreu für die Ehre und das Ansehen des Reiches
und für die Geltendmachung unserer nationalen Ansprüche
eintreten. Sie wird als liberale Partei kämpfen für die
Gleichberechtigung unseres werthvollen Bürgertums. In der
heutigen maßvollen Schutzpolitik und in einer ge-
richtigen Steuerpolitik erblickt sie die beste materielle
Sicherung aller Volksschichten. Für diesen Kampf rechnen
wir auf die Unterstützung unserer Freunde im Lande. Der
selbst zu bemessende Beitrag wolle an das Zentralbureau
der Nationalliberalen Partei, Berlin W 9, Schellingstraße 9,
gesandt werden.

Fortschrittliche Volkspartei.

Die Fortschrittliche Volkspartei erläßt zur offi-
ziellen Einleitung des Wahlkampfes folgenden Aufruf:
Am 12. Januar wählt das deutsche Volk einen neuen
Reichstag. Es entscheidet damit über die künftige Richtung
der inneren wie der äußeren Politik. Jahrzehnte hindurch
stand das öffentliche Leben unter dem Druck der Konser-
vationen und der Zentrumspartei. Ihr Werk ist die Finanz-
reform, die den Grundlag der Gerechtigkeit verletzete, reiche
Erben schonte, den Massen der Minderbemittelten den
Lebensunterhalt verteuerte; ihr Werk ist die wachsende Un-
zufriedenheit, der Nährboden für die Sozialdemokratie;
ihrem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß die von uns ge-
forderten Maßregeln gegen Teuerung und Futternot nicht
ergriffen wurden; sie sind es, die dem Volk die freie Aus-
übung des Wahlrechts erschweren und eine gerechte Einteil-
ung der Wahlkreise verhindern. Diese Mehrheit darf nicht
wiederkehren. Ein aus liberalen Gedanken geborenes, zur
Weltmacht gewordenes Reich, ein großes, jährlich fast um
eine Million wachsendes Volk darf nicht von einer kleinen
rückständigen Kaste regiert werden. Bürgern, Bauern, Be-
amten, Arbeitern, sie alle müssen den ihrer geistigen und wirt-
schaftlichen Bedeutung entsprechenden politischen Einfluß er-
halten. Von der Sozialdemokratie trennen uns grundsätz-
liche Meinungsverschiedenheiten. Solange sie in schädlicher
Kampfesart an ihrer kommunistischen politischen Grundaus-
sattung festhält, als Klassenpartei die wirtschaftlichen Gegen-
sätze willkürlich verschärft, den Reichshaushalt mit seinen
Kultur- und Verteidigungsaufgaben ablehnt, ist ihr Wachs-
tum im Reichstag auf Kosten des Liberalismus nur ein
Hindernis des Fortschritts. Je größer die Zahl der sozial-

demokratischen Mandate, desto größer die Gefahr des Rück-
schlags, desto näher eine innere Krise, die nur der Reaktion
zugute kommt. Wir treten in den Kampf unter Wahrung
unserer vollen Selbständigkeit. Ein Wahlabkommen liegt
nur mit der nationalliberalen Partei vor und soll getreu
gehalten werden. Die jetzt in der Fortschrittlichen Volks-
partei vereinigten freisinnigen Abgeordneten waren auf Grund
der durch die Neuwahlen von 1907 geschaffenen Lage red-
lich bemüht, liberale Gedanken in die Gesetzgebung einzu-
führen, und bewiesen damit von neuem, daß sie zu positiver
Arbeit bereit und befähigt sind; das Reichsvereinsgesetz und
andere Fortschritte geben davon Zeugnis. Mit dem Sturz
des Fürsten Billow aber wurde einer rückläufigen Bewe-
gung die Bahn gebahnt. Gegen sie war der Kampf mit
Entschlossenheit aufzunehmen. Jetzt gilt es, den Reichstag
so zu gestalten, daß sich die liberale Staatsanschauung durch-
setzt. Das ist der Preis des Kampfes.

Unsere Forderungen sind im Einigungsprogramm
von 1910 niedergelegt. Wir stellen dem Standesvorstand den
Staatsgedanken gegenüber. Die Gleichberechtigung bildet
unsern Ausgangspunkt, die Wohlfahrt des Ganzen unser
Ziel. Das Recht der Volksvertretung ist das Recht des
Volkes. Darum aufrichtiger Konstitutionalismus, Minister-
verantwortlichkeit, Mitbestimmung des Reichstags bei Staats-
verträgen über Gebietsveränderungen, Besteuerung nach der
Leistungsfähigkeit, allgemeine Vermögens- oder Erbschafts-
steuer! Keine Leibesgabenpolitik! Die Landwirtschaftspolitik
hat der Förderung der Bauernschaft zu dienen. Statt Fidei-
kommissen und Domänen Bauernhöfe und Arbeiterfiedelungen;
Beseitigung der Futtermittelzölle, Schutz des Viehbestandes
gegen Einschleppung von Seuchen, Erlass des durch Schutz-
maßregeln entstehenden Schadens! Für das Handwerk
Verbilligung seiner Arbeitsmittel, Förderung der Selbsthilfe,
Hebung der persönlichen Tüchtigkeit durch Fach- und Fort-
bildungsunterricht, reichlichere Aufwendung staatlicher Mittel
zur Ausbarmachung technischer Fortschritte. Abstellung be-
gründeter Beschwerden über das Verdingungswesen und über
die Gefängnisarbeit, energische Durchführung der Bestimmun-
gen über den unlauteren Wettbewerb. Für Industrie und
Handel Staatsverträge, die uns die bisherigen Absatzmärkte
sichern, die verlorenen zurückgewinnen und neue erschließen!
Für die Arbeiter, wie für die Angestellten in Privatbetrieben
soziale Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, Verwirklichung
des Koalitionsrechts, Verbesserung der Versicherungs-
ordnung, insbesondere durch die Einführung der Altersrente
vom 65. Lebensjahre ab; erhöhter Mutterschutz, keine Zu-
rücksetzung der ländlichen Krankenkassen! Für die Beamten
zeitgemäßes Beamtentrecht, Sicherung ihrer Stellung als
Staatsbürger! Für die Frauen Erweiterung ihrer Erwerbs-
fähigkeit, Verbesserung ihrer rechtlichen Lage! Für die
Wissenschaft Freiheit der Forschung und der Lehre, für die
Kunst eine durch keinerlei Engherzigkeit gehemmte Entfaltung,
Freiheit für jede religiöse Ueberszeugung, entschlossene
Abwehr aller kirchlichen Uebergriffe auf Staat und Schule!
In der auswärtigen Politik Aufrechterhaltung der Macht-
stellung Deutschlands, Fortbildung des Völkerrechts zur
friedlichen Annäherung der Nationen! In der Verwaltung
der inneren wie der auswärtigen Angelegenheiten gebührt
der Platz dem Tüchtigsten; nicht der Zufall, der Geburt,
nicht die Religion, sondern persönliche Befähigung hat zu
entscheiden! Mit der Reichspolitik hängt unloslich die
Landpolitik zusammen. Eine entschieden liberale Politik
im Reich ermüdet auch in den Einzelstaaten die vorwärts
drängenden Kräfte, führt in Preußen zu einem Wahlrecht,
das die Klassenherrschaft befähigt, den Willen der Gesam-
theit zum Ausdruck und zur Geltung bringt.

Deutsches Reich.

Das Kongoabkommen in der Budgetkommission.

Berlin, 21. Nov. In der heutigen Sitzung der
Budgetkommission des Reichstags stellte Gouverneur Solf
fest, das Gerücht, er sei mit dem Kongoabkommen nicht
einverstanden, entspreche nicht den Tatsachen. Ein ganz
zutreffendes Urteil über den Wert dieser Kolonie könne
noch nicht abgegeben werden. Vorläufig würden 2 1/2 Mill.
in den Etat eingestellt. Staatssekretär Wermuth teilte
mit, der französische Kongostaat wese eine Einnahme von
6 Mill. aus der Kolonie und einen Zuschuß des Mutter-
lands von 1 Mill. Fr. aus. Außerdem habe Frankreich
eine für den Kongo bisher nur teilweise begebene Anleihe
von 21 Mill. Fr. ausgemorfen. Staatssek. v. Riberlen-
Wächter gab sodann eine Darstellung des Ganges der
Verhandlungen. Zunächst habe Frankreich nur wertvolle
Grenzregulierungen für Kamerun angeboten, Deutschland
habe aber Wert darauf gelegt, an den Kongo heranzu-
kommen, um bei künftigen Veränderungen in Zentralafrika
mitzusprechen. Frankreich habe jetzt zugesichert, daß es sich
bei Verhandlungen über das hintere Kongobecken mit Deutsch-
land verständigen werde. Deutschland habe erreicht, was
erreicht werden konnte, ohne den Vertrag zu gefährden.

Berlin, 22. Nov. Ueber die gestrige Sitzung der
Budgetkommission des Reichstags ist noch weiter zu be-
richten: Staatssekretär v. Riberlen-Wächter teilte mit,
daß der neue Besitz in Äquatorialafrika in den Zustand
übergehe, worin das Gebiet in dem Moment der Konfi-
kation sich befinde. Lasten und Schulden übernehme die
deutsche Regierung nicht. Die Einnahmen verbleiben der
französischen Regierung, so lange sie die Verwaltungsaus-
gaben trägt. Der Staatssekretär gab Auskunft über die
Erhöhung der Kosten im Etat für Französisch-Kongo um
2 Mill. Fr. Der Grund sei, daß das Kriegsgebiet östlich
von Baghrmi dazu gehöre. Dadurch sei die Verstärkung
der Truppen und die Erhöhung der Ausgaben veranlaßt.
Wir haben das Recht, unsere Bahnen durch französisches
Gebiet weiterzubauen. Dazu sei eine Verständigung mit

Frankreich notwendig. Die Hoheit über die Inseln richtete sich nach dem Uferbesitz. Die dem deutschen Ufer vorgelagerten Inseln gehören zum deutschen Gebiet. In den Abmachungen mit Frankreich ist vorgesehen, daß wir am Kongo selbst 6—12 km je nach der Eignung des Landes für unsere Zwecke ausfinden können. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts bemerkte, er werde mit großer Entschiedenheit dafür sorgen, daß große Ausgabenforderungen nicht erhoben werden, Staatssekretär v. Alderlen-Bückler äußerte über das Vorkaufsrecht Frankreichs auf Belgisch-Kongo, daß Frankreich von dem Vorkaufsrecht nicht pure Gebrauch machen werde, sondern zunächst sich mit der deutschen Regierung besprechen wolle. Es handle sich dabei nicht um einen notariellen Akt, sondern um eine Abmachung, die zwischen zwei großen Mächten von großer Bedeutung sei.

Die Budgetkommission beendete nachmittags die Beratung der deutsch-französischen Abkommen. Ueber die Etappenstraßen äußerte der Staatssekretär v. Alderlen-Bückler: Die Etappenstraßen sollen nach dem Muster der französischen Straßen durch das englische Nigeria angelegt werden. Frankreich erhält das Recht, Terrains von höchstens 50 ha zu mieten und Provilantmagazine anzulegen. Dort darf sich nur der Aufseher mit Diensthunden und Familie aufhalten, darf kein Lebensmittel- und kein Getränkeverkauf betrieben werden, diesen Bauten nur entsprechend den deutschen Vorschriften errichtet werden, daß die französische Flagge nicht gehißt werden. Die gepackten Grundstücke, die zur Vermeidung des Schmuggels eingezäunt oder umwallt werden, bleiben durchaus unter deutschem Recht und deutscher Hoheit. Die französischen Truppen dürfen die Etappenstraße nicht mit klingendem Spiel und wehender Fahne benutzen. Sie passieren deutsches Gebiet als Privatpersonen, die Waffen als Gepäck, unter Führung eines Weihen, wenn es sich um Schwarze handelt, und unter deutscher Begleitung, falls das erforderlich erscheint.

Vom Kronprinzen.

In bezug auf die Mitteilung, daß durch die Indiskretion eines Danziger Postbeamten der Inhalt der Telegramme bekannt geworden sei, in denen der Kronprinz die Kaiserin und seine Brüder zu einer gemeinsamen Vorstellung beim Kaiser in bezug auf die Marokkopolitik des Auswärtigen Amtes veranlassen wollte, veröffentlicht die Kaiserliche Oberpostdirektion Danzig eine Erklärung, in welcher ein bestimmungswidriges Verhalten eines Angehörigen der Postverwaltung bestritten wird. Demgegenüber wird ebenfalls der „Deutschen Journalpost“ gemeldet, daß in der Umgebung des Kronprinzen der Schuldige tatsächlich in dem Postbeamten vermutet wird, dem die Telegramme zur Weiterbeförderung anvertraut waren, und daß gegen diesen auch eine Untersuchung beantragt worden ist, die von der Kaiserlichen Oberpostdirektion Danzig nach Lage der Sache noch gar nicht abgeschlossen sein könne. Der Hauptwert wird auf die Feststellung der Tatsache gelegt, auf welche Weise die Presse von dem Inhalt der Telegramme Kenntnis erlangt hat und in dieser Beziehung ist es von Interesse, daß in Danzig ein von dem Kammerherrn v. Oldenburg-Sanuschau subventioniertes Blatt in den letzten Tagen wiederholt zu Dementis von Nachrichten benutzt worden ist, die darauf hinausliefen, daß Herr v. Oldenburg-Sanuschau an dieser Sache irgendwie mitbeteiligt sei. Schließlich wird der genannten Korrespondenz noch mitgeteilt, daß die einzige Abordnung, die in letzter Zeit von Berlin aus nach Langfuhr ergangen ist, Bezug hatte auf einen beabsichtigten Jagdausflug des Kronprinzen nach Sanuschau.

Wormsheim, 22. Nov. (Angetreuer Beamter). Der vor wenigen Tagen wegen Urkundenfälschung verhaftete ehemalige Reichsschreiber Joh. Friedr. Helmring in Niesern hat aus Anlaß von Geschäften, die er in seiner Eigenschaft als Grundbuchbeamter zu besorgen hatte, in zahlreichen Fällen Gelder, die ihm von den Beteiligten zur Ablieferung an Verkäufer, Hypothekengläubiger und andere Berechtigten übergeben worden waren, unterschlagen. Da er die Unterschlagungen, Veruntreuungen und Urkundenfälschungen im Großen betrieb, wird mit Bestimmtheit angenommen, daß er auch Stempelsteuer- und Kostenbeträge unterschlagen und falsche Urkunden ausgestellt hat. Die Staatsanwaltschaft ist demüht, Klarheit über den gesamten Geschäftsbetrieb zu erlangen und die Beteiligten vor Schaden zu bewahren.

Donauerschingen, 21. Nov. Der erste Jagdtag des Kaisers war von nicht gerade schönem Wetter begünstigt. Heute schneite und regnete es den ganzen Tag bunt durcheinander. Heute morgen gegen 11 Uhr begaben sich die Herrschaften auf ihren Autos auf die Jagd ins „Unterholz“ beim Wartenberg. Der Kaiser erlegte gleich am ersten Tag eine schöne Anzahl Wild, darunter etwa 30 Fische.

W Donauerschingen, 22. Nov. Der Kaiser besichtigte auf der Burg Hohenzollern die nicht unbeträchtlichen Schäden, die das Erdbeben dort angerichtet hat, und kehrte mit den anderen Herrschaften nachmittags 4.30 Uhr hierher zurück.

Nordhausen, 21. Nov. Ein Grubenunglück. Auf dem fiskalischen Kalibergwerk Kleinbodungen hat sich heute morgen ein schweres Unglück ereignet. Eine Dreiermannschaft in Stärke von 16 Mann wurde infolge eines früh losgegangenen Schusses durch herabfallendes Gestein verschüttet. 11 Mann wurden getötet, einer schwer verletzt, vier konnten gerettet werden.

Detmold, 22. Nov. Auf einem benachbarten Gute ist ein für die Zementfabrikation bestimmter Neubau eingestürzt und hat die darauf beschäftigten Arbeiter unter sich begraben.

Johannistal, 22. Nov. Das Lustschiff „Schwaben“ ist heute vormittag 6.50 Uhr zur Fahrt nach Baden-Dos aufgestiegen. Die Fahrt geht über Leipzig und Gotha.

Eine Spur in der Konitzer Mordaffäre. In Laurahütte ist, wie amtlich gemeldet wird, der Agent Bräunlich unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, an der Ermordung des Gymnasialisten Winter in Konitz beteiligt gewesen zu sein. Bekanntlich war vor kurzem in Beuthen bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige der geschiedenen Frau Bräunlich eingegangen, die ihren Mann des Mordes beschuldigte, der seinerzeit so ungeheures Aufsehen erregte. Sie behauptet, ihr Mann habe das Verbrechen öfters mit allen Einzelheiten geschildert. Bei seiner Verhaftung erklärte Bräunlich: „Wenn man mich heute nicht erwischte hätte, hätte man mich überhaupt nicht bekommen.“ Die Kriminalpolizei sieht der Anzeige skeptisch gegenüber und hält Bräunlich für einen Wichtigtuer, obwohl es festgestellt ist, daß er zur Zeit des Mordes als Bäckergehilfe in Konitz arbeitete.

Ausland.

W Wien, 22. Nov. Das Abgeordnetenhaus lehnte einen sozialdemokratischen Antrag mit 268 gegen 189 Stimmen ab, in dem die Regierung aufgefordert wird, ohne weitere Verhandlungen mit Ungarn jedes Ansuchen um Zulassung der Einfuhr überseeischen Fleisches zu bewilligen und die Einfuhrbewilligung weder der Zeit noch der Menge nach zu begrenzen.

W Paris, 21. Nov. Der Ministerpräsident und der Minister des Aeußeren berieten heute mit der Kommission für auswärtige Angelegenheiten über das deutsch-französische Abkommen. Der Ministerpräsident erklärte auf eine Anfrage, die Kammer sei nur zur Ratifizierung des den Kongo betreffenden Teiles des Abkommens berufen, der allein die Zustimmung des Parlamentes vom konstitutionellen Standpunkt aus erfordere. Auf die Frage, welches die Lage Frankreichs hinsichtlich der Zone Marokkos, die Spanien referiert sei, nach der Ratifikation sein werde, sagte der Ministerpräsident den Fall ins Auge, daß Spanien sich weigern würde, die Verpflichtungen zu erfüllen, die Frankreich für Spanien übernommen habe. Es würde sich dann in eine sehr viel schlechtere Lage bringen und das sei unwahrscheinlich, oder es würde, nachdem es die französischen Verpflichtungen übernommen habe, sich weigern, sie zu erfüllen. Dann würde Frankreich nach der Meinung des Ministerpräsidenten sich mit den besten Aussichten an das Haager Schiedsgericht wenden. Der Ministerpräsident drängte auf schnelle Erledigung des Marokkoabkommens und drohte, die Vertrauensfrage zu stellen, wenn ein Ausschub beschlossen würde.

London, 22. Nov. In Carlton Hall hielten die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts eine Versammlung ab, um gegen den Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht in der Wahlgesehvorlage der Regierung zu protestieren. Als dann zogen sie die Viktorialstraße hinunter und suchten auf den Parlamentsplatz vorzudringen, wurden aber durch ein Polizeiaufgebot daran verhindert. Darauf gingen die Frauen dazu über, Fenster von Regierungs- und Bankgebäuden, sowie von anderen Häusern einzuschlagen, worauf eine wilde Szene schimmister Unordnung folgte. Ueber hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Mehrere hundert berittene Schutzleute hatten Mühe, die Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten.

W Livadia, 22. Nov. Der Kaiser hat die außerordentliche türkische Botschaft in Abschiedsaudienz empfangen.

Englisch-italienische Annäherung.

Rom, 22. Nov. Die offiziöse „Tribuna“ berichtet, daß zwischen dem König von Italien und dem König von England in herzlichen Worten gehaltene Depeschen ausgetauscht worden sind und knüpft daran die Bemerkung, niemand könne die Bedeutung dieses Depeschenwechsels in der gegenwärtigen Stunde entgehen, besonders im Hinblick auf die türkische Spezialmission, die zur Begrüßung des Königs Georg nach Port Said entsendet worden sei.

Rußland und Persien.

London, 20. Nov. Das Reutersche Bureau erzählt, da die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Persien abgebrochen sind, hat Persien seinen Streit mit der russischen Regierung in die Hände der britischen Regierung gelegt und diese gebeten, vorzuschlagen, welches Verfahren Persien einschlagen soll, sowie seine Bereitwilligkeit ausgedrückt, einem etwaigen Rat zu folgen, und wenn es notwendig sein sollte angesichts der force majeure die russischen Forderungen zu erfüllen, vorausgesetzt, daß die russischen Truppen, wenn sie noch nicht abgehandelt worden sind, nicht vorrücken, oder wenn sie schon aufgedrungen sind, auf russisches Gebiet zurückkehren. Die persische Regierung stellt es in Abrede, daß Morgan Shuster vorgegangen sei, während die Verhandlungen zwischen seinen Beamten und dem russischen Generalkonsul noch schwebten.

W Necht, 22. Nov. Die erste Staffel der nach Persien entsandten russischen Truppen ist gestern in Enseli eingetroffen. Heute werden zwei Bataillone des Salsaregiments erwartet.

W London, 22. Nov. Das Reutersche Bureau erzählt: Persien hat in Uebereinstimmung mit dem Rat Englands eingewilligt, die Forderungen des russischen Ultimatus zu erfüllen, und der persische Gesandte in London hat dies dem britischen Auswärtigen Amt formell mitgeteilt. Noch heute soll das neue persische Kabinett gebildet werden und sich unverzüglich dem Wechsels vorstellen. Der Befehl zur Zurückziehung der Gendarmerie des Generalschachnisters Schuster von der Besetzung des Prinzen Schuach es Sastaneh in Teheran ist erteilt. Die Gendarmerie wird durch persische Kosaken ersetzt werden. Auch erklärt sich Persien der „force majeure“ nachgebend bereit, Rußland wegen des Zwischenfalls um Entschuldigung zu bitten.

Der Aufstand in China.

W Peking, 21. Nov. Die Russländischen der Provinz Schansi stimmen dem Plan zu, daß Juan-shikai Präsident der Republik werden soll, verlangen aber, daß er die Mandschus verlasse.

Die Panik unter den Fremden.

London, 21. Nov. Unter den Europäern im Innern Chinas ist jetzt, nachdem sich die Revolutionäre in Hei-an-fu an den Europäern vergriffen haben, eine furchtbare Panik ausgebrochen. Von den diplomatischen Vertretern der Mächte in Peking sind neue Warnungsmeldungen nach allen Städten, wo sich Europäer aufhalten, gesandt worden, nachdem die ersten Warnungen nicht die notwendige Berücksichtigung gefunden haben. Jetzt erst verlassen die Europäer fluchtartig die bedrohten Ortschaften im Innern des Landes.

Die wichtigste Entscheidung wird in der nächsten Zeit in Nanking fallen, gegen das die Rebellen jetzt in einer Stärke von 15000 Mann ziehen. Die kaiserlichen Truppen marschieren ihnen in gleicher Stärke entgegen. Das Kommando führt Admiral Schang.

Blutige Greuel in China.

London, 20. Nov. „Times“ berichten aus Peking: Die Lage in Nanking ist wenig befriedigend. General Tschang mit 5000 Mann Truppen besetzt die Stadt in Gemeinschaft mit dem Tatarengeneral, welcher über 2000 Mann mandchurische Truppen verfügt. Sämtliche rebellische Soldaten, sowie die aufrührerischen Beamten, welche sich zugunsten der Aufständischen erklärt haben, sind massakriert worden. Diese Hinrichtung hat eine große Entrüstung hervorgerufen. Die Revolutionäre versuchen jetzt, in den Besitz der Stadt zu gelangen. Man glaubt allgemein, daß dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein werde.

Eine deutsche Familie ermordet.

Peking, 21. Nov. Trostlose Zustände herrschen in Nian-fu (Provinz Schansi). Der deutsche Postmeister Henne und Familie wurde nebst andern Europäern ermordet. Die Missionen sind zerstört. 7000 Mandschus wurden getötet.

Der Krieg um Tripolis.

W Tripolis, 22. Nov. Der gestrige Tag verlief im allgemeinen ruhig. Die italienische Artillerie bei Sidi Mesri gab einige Schüsse auf die feindliche Artillerie und auf Karawanen ab, die sich zwischen der Dase und Anzara befanden. Gegen 2 Uhr begann das Kriegsschiff Carlo Alberto auf Anweisung von einem Drachenballon auf Amruß zu feuern. Als ein feindliches Lager südlich von Melloc entdeckt wurde, wurden dorthin einige Granaten gefandt. Die Folge des italienischen Feuerns war, daß der Feind, der aus regulären türkischen Truppen zu bestehen schien, sich eiligst von Amruß auf Bensaid und von Henni auf Buscifa zurückzog. Der Carlo Alberto feuerte dann noch auf Bensaid, sodaß der Feind auch diese Verschanzung verlassen und sich von dort nach Buscifa zurückziehen mußte. Auf dem ganzen Wege verfolgte ihn Carlo Alberto mit seinem Feuer, das erst nachts aufhörte und eine große Wirkung verursachte. — Das Kriegsgeschicht verurteilte gestern Mahmud Fehmi Bey, einen sehr einflussreichen Fanatiker, der am 22. und 26. Oktober die Araber in Wort und Schrift zum Aufbruch gegen die Italiener aufgehetzt hatte, zu 20 Jahren Gefängnis. Am 20. November hatte eine Erkundungsabteilung der italienischen Kavallerie einen kleinen Zusammenstoß mit feindlichen Banden, die sie unter Verlusten zurücktrieb. Die Italiener hatten zwei leicht Verwundete.

W Konstantinopel, 22. Nov. Nach Informationen aus türkischer Quelle hat die Pforte bei den Haager Signatarnächten wegen des Bombardements von Akabah als eines nicht besetzten Ortes protestiert. Ebenso hat die Pforte nach dem heutigen Ministerrat Einspruch erhoben gegen den Wurf einer Bombe aus einem Aeroplan auf das Hospital von Suara.

Vorbereitungen zu neuen Kämpfen.

Tripolis, 21. Nov. Den letzten Meldungen zufolge bereiten die türkischen Truppen eine große Aktion gegen die Italiener vor. Von letzteren sind umfassende Maßregeln getroffen worden, um einen etwaigen Angriff energisch abzuwehren.

Literarisches.

Mann und Frau von J. Kautler. Einzige autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Pauline Kläber. Preis geb. 1.20, geb. 1.25. (W. Kohlhammer, Verl. in Stuttgart.) p. Dieses Büchlein enthält ein modernes Nohelid der Ehe, wie sie sein soll in gegenseitigem Eingehen und Versehen zwischen Mann und Frau; es ist der gemeinsame Lebensweg eines Ehepaars, vorgezeichnet in dem Sinne, wie die tugendlichen Freuden und Leiden geteilt und getragen werden sollen, so daß jeder Teil in dem andern den wahren Freund erkennen und schätzen darf. Die Freundschaft soll das höhere Ziel in der Ehe sein, nur durch sie kann es dahin kommen, daß in verschiedener Weise die Rechte des Mannes, aber auch die Rechte der Frau zur Geltung kommen. Alle, die das Büchlein lesen, werden das Ringen zweier Seelen um dauernde Harmonie begreifen lernen und bleibenden Gewinn davon haben. Zu beziehen durch die G. W. Kaiser'sche Buchhandlung Rogold.

Wer sich für Tee interessiert, verlässe nicht, von der bekannten Importfirma Mehmmer, Zentrale Frankfurt a. M., die neue, reich illustrierte Abhandlung gratis und franko einzufordern. Sie enthält eine anschauliche und unterhaltende Schilderung des Handels in Tee und der Tätigkeit der Teelente in China und Indien.

Mutmaßl. Wetter am Freitag und Samstag.

Unter der fortgesetzten Herrschaft von Lustwirlen, deren neuerlicher Drehpunkt über Westfrankreich und dem Golf von Biskaya hat, ist auch für Freitag und Samstag noch meist trübes und nebligkaltes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der G. W. Kaiser'schen Buchdruckerei Emil Kaiser Rogold. — Für die Redaktion verantwortlich: R. Hart.

Landw. Bezirksverein Nagold.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Abonnement auf das landwirtschaftliche Wochenblatt. Da dessen kostenfreier Bezug mit dem Eintritt in den landw. Verein verbunden ist, und zum Zweck der Fertigstellung der Postlisten die Mitgliederliste spätestens bis 10. Dez. nach Stuttgart eingeschickt werden muß, so werden diejenigen, welche dem landw. Verein beitreten wollen, gebeten, sich spätestens bis 4. Dez. d. J. mündlich oder schriftlich bei dem mitunterzeichneten Kassier Gaiser, anzumelden. Spätere Meldungen würden erst vom 1. April 1912 zum Bezug des landw. Wochenblatts berechneten. Auch der Austritt aus diesem Verein kann nur durch Abmeldung bis zum 4. Dez. erfolgen. Wer diesen Termin versäumt, erhält sein Blatt weiterhin zugeschickt und hat seinen Beitrag für das Jahr 1912 fortzuentrichten. Die Herren Ortsvorsteher werden freundlichst ersucht, ebenfalls bis zum 4. Dez. dem Kassier Gaiser anzuzeigen, welche Mitglieder wegen Todes oder Wegzugs zu streichen sind.

Bei den großen Vorteilen, welche die Landwirte von der Zugehörigkeit zum landw. Verein haben (unentgeltlicher Bezug des landw. Wochenblatts, den Kalender, Benützung der Jungviehweide, Zuwendung von Beiträgen, ermäßigte Prämien-Sätze bei der Versicherungsgesellschaft (Wilhelma u.s.f.)) werden die Herren Ortsvorsteher höflichst gebeten, darauf hinzuwirken, daß möglichst viele Landwirte ihrer Gemeinden dem landw. Bezirksverein beitreten.

Die Kalender für das Jahr 1912 wurden mit der heutigen Post versandt; denselben liegt auch die Liste zum Einzug der Mitgliedsbeiträge pro 1912 bei.

Nagold, den 11. Nov. 1911.

Vorstand:

Oberamtmann Kommerell.

Kassier:

Dr. Spark. Gaiser.

Vollmaringen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Dienstag, den 28. November 1911

in das Gasthaus z. „Engel“ hier freundlich einzuladen.

Heinrich Maurer,

Christine Graf,

Engelwirt

Tochter des

hier.

verst. Kajetan Graf, Dekonom.

Kirchgang 9 Uhr.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Vertrauensleute gesucht

an allen Orten des Bezirks Nagold und dessen weiterer Umgebung.

Es handelt sich nicht um Versicherungen oder dergl. und es sind auch keinerlei Branchenkenntnisse erforderlich; dagegen ist unbedingt Erfordernis, daß die Bewerber geachtete Persönlichkeiten von gutem Ruf sind, welche über die örtlichen Verhältnisse immer genau unterrichtet sind. Angebote werden unter „Vertrauensmann“ an Haasenstein & Vogler A.-G., Stuttgart erbeten.

Nagold.

Kalender

aller Art,

für das Jahr 1912 empfiehlt
in schöner Auswahl

G. W. Zaiser.

Verlobungs-Ringe

in 14 und 8 Karat Gold in allen Preislagen schmal und breit empfiehlt in großer Auswahl

G. Kläger, Uhrmacher.

Nagold.
Schwarzwälder
Zwieback
und
Zwiebackmehl
täglich frisch,
bei
H. Strenger
und seinen bekannten
Niederlagen.

Nagold.

Im Weiznähen und Flickten

empfiehlt sich und bittet um geneigten Zuspruch

Kath. Stradinger,
Wohnung im Gasth. z. Engel.

Nagold.

Junge
Milchtub
zu verkaufen, fehlerfrei 13 Liter Milch täglich
P. Luz, Hotel Post.

Weihnachts-Album Nr. 3

20 der beliebtesten Weihnachtslieder für Klavier mit unterlegtem Text. Jedes Lied für sich in drei Bearbeitungen: sehr leicht (beide Hände im Violineklavier), leicht bis mittelschwer (Begleitung im Bassklavier), vierhändig (Primopartie leicht.) Bearbeitet von Heinrich Bungart.

Großnotenformat, schöner, klarer Stich, halbfestes Papier. Die drei Ausgaben zusammen in einem Band Mk. 1.—

Vorrätig in der G. W. Zaiser'schen Buchhandlung, Nagold, sonst gegen vorherige Einfindung vom Verleger P. J. Tonger, Köln a. Rh.



Red Star Line

Rothe Stern Linie

Postdampfer von

Antwerpen

nach

New York

und

Kanada

Auskunft erbeten: die Red Star Line in Antwerpen oder deren Agenten Wilh. Rieker, Brüssler in Altensteig.

Carl Rahm in Freudenstadt.

Theater in Nagold

im Saal des Gasth. z. Rößle
am Freitag 24. November 1911,
abends 8 1/2 Uhr.

1. Gastspiel der Liliputaner mit Gesellschaft. „Der Modelbaron“

Ausstattungsposse mit Gesang in vier Akten.
Billetts im Vorverkauf bei der G. W. Zaiser'schen Buchhandlung.

Spreng Mk 1.—; II. Platz 80 ¢; III. Platz 60 ¢. Billetts an der Abendkasse: Spreng Mk. 1.20; II. Platz Mk. 1.—; III. Platz 70 ¢; Stehplatz 50 ¢.

Samstag, 25. November, nachmittags 4 Uhr

Kindervorstellung. Der gestiefelte Kater. Am Samstag abend 8 1/2 Uhr letzte Vorstellung: Venus auf Erden.

Alles nähere durch die Zettel.

Saiterbach, 10. Nov.

Einer werten Landschaft von hier und auswärts mache ich hiermit die ergebene Mitteilung, daß in schöner Auswahl wieder neu eingetroffen und zu anerkannt billigen Preisen zu beziehen sind:

Große, fehlerfreie, farbige und weiße
Leintücher, tadellose
Hemden- und Bettzeuge,
Schürzen- u. Blusenstoff etc.

Hochachtungsvoll und gute Bedienung zugesichert

P. Mitschelen,

Marktplatz.

Samstags geschlossen.

Prächtigen Schnurrbart in vier Wochen erhalten!



Der Schnurrbart ist ein Schmuckstück, das jedem Mann zu Gesicht steht. Er verleiht dem Träger einen Mannesmut und eine gewisse Autorität. Wenn Sie sich einen Schnurrbart wünschen, so ist dies die beste Gelegenheit, ihn zu erhalten. Unsere Methode ist die einfachste und sicherste. Sie garantiert Ihnen einen dicken, dunklen Schnurrbart in vier Wochen. Die Kosten sind gering. Schreiben Sie heute noch an die Kosmetische Anstalt in Luxemburg-Gare No. 476.

Berein für Zeppelinfahrten.

Jahresbeitrag 6 Mark.

Unter den Mitgliedern werden fortdauernd

Freifahrten im Zeppelinluftschiff

ausgelost.

Anmeldungen für Nagold und Umgegend nimmt entgegen: die Exp. des Gesellschafters.

Hausscheher Ratgeber

Die vorliegende aller Familien Ratgeber enthält in 12 Bänden 26 Jahrgänge. Praktische Ratschläge mit den besten Rezepten aller Vorkocharten. Milch, Butter, Käse, Honig, Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch, Brot, Backwaren, Süßwaren, Getränke, etc. etc. etc. Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die G. W. Zaiser'sche Buchhandlung, Nagold.

Nagold.

Milch

kann abgeben
Johs. Kausler im grünen Baum.

Hand mit Bäckerei od. post. Objekt gesucht, auch Mühle. Platz gleich. Selbstverhöher schreiben unter „Bäckerei 411“ postl. Zahl.

Visiten-Karten

fertigt G. W. Zaiser.